

Konstitutionelles Bürgerblatt

für Stadt und Land.

Erscheint wöchentl. drei Mal,
Dienstag, Donnerstag und
Samstag. Bestellungen
nehmen alle Buchhandlungen
u. Postanstalten an. Prämum.:

Preis für Halle 7½ Sgr.
für's Vierteljahr; bei den
Postanstalten und im Buch-
handel 10 Sgr.

Herausgegeben

von

Dr. Hase, J. Hasemann, Fr. Körner und Dr. Wolf.

Neue Folge No. 8.

Halle, Donnerstag, den 19. October.

1848.

Inhalt: Der 15. October in Halle. — Die Abstimmung des Abgeordneten Seydel über den Stein'schen Antrag. — Zur Charakteristik der hall. demokrat. Zeitung. (Fortsetzung.) — Die Maschinen- und die Menschenarbeit. — Berichtigung.

Der 15. October in Halle.

Theils die in vielen Herzen wohnende Liebe und Verehrung für das königliche Haupt unseres Landes, theils die herkömmliche Gewohnheit, theils die Opposition gegen eine gewisse Partei der Demokraten, welche mit systematischer Ausdauer das Ansehen der Fürsten zu untergraben fortfährt, hatte den Geburtstag unseres Königs zu einer Festfeier in vielen Kreisen der Stadt gemacht, und der seit mehreren Tagen unaufhörlich strömende Regen durch eine Pause seine Erlaubniß gegeben. Früh 10½ Uhr rückten die verschiedenen bewaffneten Corps: die Bürgerwehr, die zwei hier stehenden Kompagnien des 19. Inf.-Regiments, der Landwehrstamm zu einer Parade auf dem Exercierplatze vor der Stadt aus. Nachdem Obrist von Blumenthal auf den König ein Hoch ausgebracht hatte, in welches die Anwesenden einstimmten, nahm der genannte den einzelnen Corps, die berittene Bürgerwehr voran, die Parade ab. Die Bürgerwehr war ziemlich zahlreich anwesend; nur die 6. Kompagnie schien etwas dünn zu sein, und das Lanzier-Korps wurde gänzlich vermisst — oder auch nicht vermisst. Indes ist es jedenfalls besser, etwas nicht zu thun, als — zu heucheln.

Während da draußen die Waffen klirrten, feierte die Universität den Tag durch eine Rede, welche der zeitige Prorektor Prof. Meier hielt. Die Rede war nicht lateinisch, wie sonst, sondern deutsch, wie sich's gebührt, und preußisch, wie man an dem Sitze der Musen, welcher den Hohenzollern so manche Gabe verdankt, nicht anders erwarten konnte. — Auch die Lehrer und Schüler der Frankeschen Stiftungen erinnerten sich in einer Rede des Rektors Eckstein an die Bedeutung des 15. Octobers.

Ein Mittagessen, mit vielen und darunter guten Trinksprüchen, hatte im städtischen Schießgraben gegen 250 Männer vereinigt. Den officiellen Toast auf den König brachte der Stadtverordnetenvorsteher, Justiz-Commissar Fritsch aus, woran sich viele andere

in bunter Reihe knüpften. Der Obrist der Bürgerwehr, von Geusau, und der Obrist des 19. Linien-Inf.-Regiments, von Blumenthal, ließen gegenseitig die ihnen untergebenen Corps leben; Prof. Kraemer weihete dem Reichsverweser ein Glas; Professor Witte gedachte der hiesigen Studirenden, welche bisher eine aner kennenswerthe loyale Haltung gezeigt. In Erwiderung hierauf sprachen zwei Studenten, Herr Hasper und Herr Kollischon, welche auf die gesetzliche Freiheit, als das Ideal der jugendlichen Seelen, hinwiesen. Auch der Stadt Halle, welche unter ihres Gleichen durch die bisher gewahrte Ruhe fast einzig dasteht, wurde durch den Prof. Erdmann gedacht, während Andere unseren Deputirten in Frankfurt und Berlin, Düncker und Niemeyer, Worte der Anerkennung widmeten.

Das Traubenblut mag immerhin fließen, wenn nur kein Bürgerblut fließt! Der Wein im Schießgraben mag allerdings theurer gewesen sein, als bei dem Festessen der Demokraten im Magdeburg-Leipziger Eisenbahnbofe zur Feier der Wiener Octoberrevolution; allein, wie wir hören, ist dennoch die Zahl der hier Festessenden sehr gering gewesen; man sagt 30 bis 40. Die Demokratie tadelt die Wohlhabenden, daß sie zu theure öffentliche Mahlzeiten halten und so dem armen Manne die Theilnahme unmöglich machen. Indes wir haben die Beweise, daß auch, wenn das Couvert 5 Sgr. und die Flasche Wein 6 Sgr. kostet, die armen Leute dennoch sich fern halten. — Am Abende wurde den Linienfol-daten im Lokale der Weintraube freier Tanz, freies Bier u. s. w. gegeben. Unrichtig ist das vielfach verbreitete Gerücht, als hätte der „Preußenverein“ das Militär gespeist.

Als die Nacht einbrach, machte sich die Freude, theilweise vielleicht auch der Aerger über den 15. October in mannigfacher Weise Luft. Der Preußenverein hielt einen Aufzug mit Stocklaternen und unter dem unermüdblichen Rufe: Es lebe Friedrich Wilhelm IV. Schüsse fielen, Raketen flogen, Frösche sprangen. In aus einem Mentzeschen Hause in der Halle ward nach

einem gegenüberliegenden durch's Fenster geschossen, und man fand in letzterem eine thönerne Kugel, welche der Unterzeichnete selbst gesehen hat. Der Schütze, Tretrop, gestand den Schuß, aber nicht die Kugel ein. Glücklicher Weise ist Niemand getroffen; aber es hätte können manches Unglück geschehen. Der Polizei wollen wir nicht zürnen; denn man weiß, mit welcher Grobheit ihr selbst unreife Straßenbuben begegnen, wenn sie in ihrem vollsten Rechte ist und die bößlichsten Worte braucht. Sie thut jezt wohl, daß sie sich in manche Angelegenheit gar nicht mischt, namentlich da viele Leute die Polizei unter einander selbst ausüben. Ein solcher Fall ereignete sich an demselben Abende unter den Demokraten, welche die in ihrer Mitte befindlichen „Verräther“ blutig strafen. Unwahr aber ist, was man sich mehrfach erzählt, daß an demselben Abende drei Lanziers, welche sich für die Niederlage des 11. October auf dem hohen Petersberge hätten rächen wollen, von Nienberg gefesselt durch die Landleute hier eingebracht worden seien. Der Vorfall beweist, daß auch unser Zeitalter noch mythenbildend ist.

Im Uebrigen verlief der Tag ruhig zwischen den beiden Polen, deren einer im Pfluge, deren anderer in der demokratischen Weinstube liegt. — Wie werden wir diesen Tag im Jahre 1849 feiern? Wir können diese Frage zwar nicht beantworten, aber den Wunsch mögen wir aussprechen: möge er durch weise Geseze und gesegnete Erinnerungen, die sich an ihn knüpfen, das unerfreuliche Andenken des 14. Octobers immer leuchtender überstrahlen! Er hat uns Preußen einen König gegeben; vielleicht gibt er uns Deutschen noch einen Kaiser!
 Hasemann.

Die Abstimmung des Abgeordneten Seydel über den Stein'schen Antrag. *)

Der Abgeordnete des Saalkreises, Finanzrath Seydel, hatte für den vielbesprochenen Stein'schen Antrag gestimmt, während seine Wähler sich gegen denselben erklärt hatten. Aus einem Schreiben desselben vom 24. September, worin er sich über seine Abstimmung gegen seine Wähler rechtfertigt, theilen wir nachstehend Einiges mit, besonders da dasselbe uns in die Stellung des linken Centrums zu jener Frage eine klare Einsicht gewährt, indem wir zugleich auf die 3 nicht gehaltenen Reden Seydels über die Polenfrage, die Abschaffung der Todesstrafe und den Stein'schen Antrag, verweisen, welche nunmehr gedruckt vorliegen.

Seydel war „eigentlich weder mit der Form des Stein'schen Antrages, noch mit der des Unruh'schen Amendements einverstanden.“ Er legte daher seiner

*) Wir geben diesen Aufsatz nachträglich, theils als einen Beitrag zur richtigeren Beurtheilung der auch in unserem Blatte schon in verschiedenem Sinne besprochenen Angelegenheit, theils weil gerade die Abstimmung des Abgeordneten unseres Saalkreises in demokratischen Blättern mißdeutet worden ist.
 Die Redaction.

Partei ein eignes Amendement *) vor, zog dasselbe aber zurück, weil die Partei annahm, „daß im Unruh'schen Amendement das richtige Verhältniß der Nationalversammlung zur Executivgewalt hinlänglich anerkannt und deutlich genug ausgesprochen sei,“ und den Grundsatz des Seydel'schen Amendements vollständig anerkannte, während er selbst diesen im Unruh'schen hinlänglich gewahrt sah. Denn „Parteien sind überall unmöglich, wenn nicht der Einzelne bereit ist, seine Ansichten soweit zum Opfer zu bringen, als der Grundsatz unberührt bleibt.“

Nachdem aber das Unruh'sche Amendement verworfen, stimmte Seydel mit seiner Partei für den Stein'schen Antrag, „obgleich gerade er in den Vorberathungen alle Bedenken vorzugsweise geltend gemacht, welche die Annahme des Antrages haben würde.“

Seydel „theilte vollständig die Ansicht, daß das Ministerium fallen müsse, theils weil es unverantwortlich ungeschickt in der ganzen Sache gehandelt, theils aber auch, weil es darauf anzukommen schien, daß das Ministerium selber, oder andererseits die Nationalversammlung alles moralische Ansehen im Lande verlieren werde. Es kam hinzu, daß wir in Bezug auf das, was wir wollten, und in Bezug auf die Entscheidung unseres Willens keine Zweifel lassen konnten.“ Nachdem Seydel's Partei durch ihre Abstimmung für das Unruh'sche Amendement, ungeachtet sie sein Schicksal vorausah, ihren Standpunkt bekundet, blieb mit Rücksicht auf die Beschlüsse der andern Parteien nichts übrig, als für den Stein'schen Antrag zu stimmen. „Es fragte sich nur, ob man für den Stein'schen Antrag stimmen könne, ohne zugleich sich auf den vom Antragsteller und der Partei der äußersten Linken eingenommenen Standpunkt zu stellen? Es wurde hierauf bemerkt, „daß, wenn der Antrag die Ausführung unserer Beschlüsse für eine Pflicht des Ministeriums erkläre, dadurch nicht nothwendig eine staatsrechtliche, sondern lediglich eine politische Pflicht ausgesprochen werde,“ um so mehr, da der Antrag selbst diese Pflicht durch die Lage des Landes begründe. Der Antrag schließe eine solche Un-

*) Dieses Amendement lautete:

„Die Nationalversammlung hat die unterm 2. d. M. erhaltene Mittheilung der Entschliessung des Königl. Staatsministeriums in Betreff ihres Beschlusses vom 9. August mit Bedauern entgegengenommen. Wenn die Nationalversammlung die Bedenken nicht anerkennt, welche die Ausführung des Beschlusses vom 9. August in seinem ganzen Umfange gehabt haben würde, so vermag sie doch andertheils in dem Verfahren des Königl. Staatsministeriums weder eine umsichtige Würdigung der Gesamtlage unseres Vaterlandes, noch eine ausreichende Berücksichtigung der Beschlüsse der Nationalversammlung und der gerechten Erwartungen des Landes zu erkennen.“

Die Nationalversammlung sieht sich daher zu der Erklärung veranlaßt, daß das Staatsministerium das Vertrauen des Landes nicht besitzt, indem sie zugleich die volle Verantwortlichkeit desselben für alle Nachtheile, welche der Ruhe und den Freiheiten des Landes aus seinem Verfahren erwachsen möchten, hierdurch ausdrücklich in Anspruch nimmt.“



sicht wenigstens nicht aus. Es erhob sich ferner das Bedenken, daß im Lande der Schein entstehe, als hülfe die Mehrheit der Versammlung der Ansicht von der Omnipotenz der Volksvertretung.“ Dagegen wurde gesagt, „werde die Debatte selbst Gelegenheit geben, unsern konstitutionellen Standpunkt klar zu bezeichnen, und der weitere Verlauf zeigen, daß wir keinesweges gewillt und gemeint seien, uns die Gesichtspunkte und Zwecke der äußersten Linken andringen und uns von derselben in's Schlepptau nehmen zu lassen, um so weniger, als wir uns von vorn herein über unsere Stellung zu der Sache durchaus klar seien.“

Aber der Erfolg hat die Ungefährlichkeit jenes Scheins nicht bestätigt. „Bei der Lage des Landes ist es natürlich, daß die wirkliche oder scheinbare Ansicht der Wahrheit der N.-B. von großem Einfluß auf die Ansichten des Volkes sein muß, abgesehen davon, daß vorauszusehen war, wie jener Schein von einer Partei ausgebeutet und als Stützpunkt für weitere Bestrebungen benützt werden würde.“ Es war aber nur die Wahl zwischen zwei Uebeln, und so wurde das kleinste gewählt. „Ich glaube es weit mehr als einen Fehler gerade der Partei im Lande, von welcher wir Unterstützung erwarten durften, bezeichnen zu müssen, daß sie nicht den Versuch machte, unsere Abstimmung mit unsern laut ausgesprochenen konstitutionellen Prinzipien zu vereinigen, und dadurch der, wie ich glaube, größten Partei im Lande, welche ebensowenig von den Preußenvereinen als von den Republikanern etwas wissen will, einen Anhalt zu geben. Da dieses nicht geschehen ist, so hat die Abstimmung allerdings insofern einen bedenklichen Erfolg gehabt, als sie der großen Masse des Volkes gewissermaßen keine andere Wahl bringt, als zwischen den Preußenvereinen und denen, welche sich Demokraten nennen.“

Hierauf hat die Versammlung des konstitutionellen Vereins des Saalkreises vom 4. October erwidert, daß sie die in der dritten der „Reden“ niedergelegten Grundsätze vollständig theile. Aber „je energischer und überzeugender Sie die absolute Nothwendigkeit der Trennung der legislativen und executiven Gewalt in jedem Staate fordern und gerade darum den Stein'schen Antrag für so wichtig erachten, weil diese Prinzipienfrage in ihm collidirt, je mehr die Versammlung mit Ihnen hierin übereinstimmt, um so weniger sind wir im Stande gewesen, aus diesen Grundanschauungen heraus eine andere Folgerung zu ziehen, als die Verwerfung des Stein'schen Antrags.“ Doch theile die Versammlung Seydels Ansicht über das Ministerium und wisse seine persönliche Stellung zu seiner Partei zu würdigen. Deshalb spreche sie gegen den Abgeordneten, mit dem sie sich in den Grundsätzen eins wisse, ihr volles Vertrauen aus und erblicke in ihm ihren eben so würdigen als wahren Vertreter.

Wolf.

Zur Charakteristik der hall. demokrat. Zeitung.

(Fortsetzung.)

Für heute will ich den Terrorismus hervorheben, den diese Zeitung ausübt, welche sich, beiläufig gesagt, nicht genug wundern kann, daß Leute mit der „Halbheit des Konstitutionalismus“ zufrieden sein können. Um Unbegreiflichsten ist es ihr, daß sogar Landleute nichts weiter als Konstitution verlangen, so daß sich die demokrat. Zeitung gemüßigt sieht, ihnen dies ernstlich zu widerrathen.

Was die „Halbheit des Konstitutionalismus“ auf die Ganzheit des Republikanismus der demokratischen Zeitung anlangt, so hat sich diese seit einiger Zeit die Obervormundschaft über Halle angemast. Denn wenn ein Meister seinen Gefellen entläßt, wenn ein Beamter einmal eine konstitutionelle Meinung äußert hat, so hält die demokrat. Zeitung sogleich ein öffentliches Gericht über ihn, d. h. sie verurtheilt ihn, ohne ihn weiter gefragt zu haben, kraft der Souveränität des Volks, das heißt mit andern Worten: der Herausgeber der demokrat. Zeitung. So ist Dr. Tieftrunk barsch aufgefordert: „sich schleunigst zu erklären“; dem Oberst von Gensau ist befohlen: „Erklären Sie sich bestimmter!“; Münich und Hupe sind hart angelassen, weil die demokrat. Zeitung sie für Verfasser einiger ihr mißliebiger Artikel hielt; Hermsdorf wurde vor die Bürgerversammlung geladen, „sich dort zu erklären und zu rechtfertigen“; und endlich ist Diakonus Hasemann beschimpft und ihm aufgegeben, „seinen Namen zu nennen,“ (falls er Correspondent der Magdeb. Zeitung ist), „widrigenfalls wir (der Ausschuß der Demokratenvereine, d. i. Kaulfuß, Ehrlich und Kawaal) andre Maßregeln gegen ihn zu ergreifen gesonnen sind.“

Man muß hier fragen: seit wann haben die Meister das Recht nicht mehr, ohne Genehmigung der Demokraten ihre Gefellen zu entlassen? Seit wann ist es Sitte, daß sich Zeitungsschreiber dem ersten Besten nennen? Warum nennt sich denn Weißgerber nicht, wenn er die angesehensten Männer unsrer Stadt, z. B. den Geheimrath Wucherer angreift, weil dieser den Forderungen der Demokraten nachzukommen nicht für nöthig erachtet? Ist denn die freisinnige demokrat. Zeitung plötzlich ein Inquisitionsgesicht geworden? Warum hat Kaulfuß ferner nicht bemerkt, daß weder Wislicenus noch Giese den lästernden Angriff auf Hasemann gebilligt haben, wie ich dies aus einem Briefe beweisen kann, der vor mir liegt? Ich würde es Hasemann verdenken, wenn er auch nur den Anschein nähme, als ob er jene Aufforderung der Beachtung irgend wie werth fände.

Die Verwunderung über dieses Verfahren des Kreisausschusses wächst aber noch, wenn man die Stelle selbst liest, welche jene Herren so sehr gekränkt hat. Die Magdeb. Zeitung sagt: „Der Kreisausschuß der demokrat. Vereine der Provinz Sachsen erklärt die Thaten der Frankfurter Demokraten für Frevel und schändlichen



Mord.“ Dies ist jedenfalls eine Ehrenerklärung für die hiesigen Demokraten; aber Kaulfuß will schlechterdings, daß überhaupt die Demokraten für schuldlos erklärt werden sollen, „weil jene Thaten zu gemein seien, um mit irgend einer Partei in Verbindung zu stehen.“ Es ist Schade, daß diese „Verbindung“ bereits so ziemlich bekannt ist. Ja Kaulfuß will überhaupt nicht an „einen politischen Mord“ glauben, scheint also noch gar nicht zu wissen, daß z. B. Marius, Sulla, Cäsar, der Convent ihre politischen Gegner zu Tausenden ermorden, und daß die Jacobiner aus bloßer Politik mehr denn 1 Million Menschen köpfen ließen. Obschon also der Magdeb. Correspondent die gute Meinung gehabt (d. h. den Beschluß der hiesigen Demokraten dahin verstanden hat), daß sie die Frankfurter Demokraten für Mörder erklären (natürlich falls sie am Mord Lichnowsky's Theil genommen haben, was in ganz Europa nur wenige Tausende bezweifeln), so nennt Kaulfuß die oben angeführte Stelle der Magdeb. Zeitung dennoch „eine schändliche Verleumdung.“ und fährt zu Hasemann gewendet fort in der Voraussetzung, daß dieser der Correspondent ist: „Seelenvergnügt, einmal etwas zu haben, wo er (Hasemann), mit einer Lüge im Munde, den Demokraten einen gewichtigen Vorwurf machen kann, bezüchtigt er frischweg sie dieser Mordthat. So etwas nennt man ganz einfach gemein und niedrig.“ — Wohl an, ich bin nicht der ausgescholtene Correspondent, aber ich theile seine Ansicht, daß Demokraten den Mord in Frankfurt begangen haben, und bedaure die hiesigen Demokraten, daß sie eine Ueberzeugung, die das ganze deutsche Volk theilt, bestreiten, da sie doch vorhersehen müssen, daß nächstens aus Struve's Papieren die Beweise gegen die Demokraten geliefert werden. Hat doch selbst der französische Minister gesagt: „die Urheber des Frankfurter Aufstandes sitzen in der Nationalversammlung,“ und sind in dieser selbst doch schon Aeußerungen genug gefallen, daß Blum, Zitz, Brentano, Simon, Schlöffel, Vogt, Schaffrath u. A. den Aufstand vorbereitet und das Signal zum Losschlagen sollen gegeben haben. — Die demokrat. Zeitung mag indeß fortfahren, Meuchelmörder zu rechtfertigen.

Fr. Körner.

(Fortsetzung folgt.)

Die Maschinen: und die Menschenarbeit.

Die Beantwortung der für das Völkerleben jetzt so überaus wichtigen Frage: ob Maschinen und Fabriken dem Wohle der Gesellschaft mehr Nutzen als Schaden bringen, als umgekehrt, ist nur dann einigermaßen möglich, wenn man zuvor festgesetzt hat, was eine Maschine, was eine Fabrik sei. Aber auch dann noch lassen sich so viele Gründe für und wider aufstellen, daß wenn nur im Allgemeinen die Sache entschieden werden soll, das Urtheil zweifelhaft bleibt. Wer den Knoten mit Erfolg lösen will, muß damit anfangen, einen bestimmten Zweig des Fabrikwesens in einem bestimmten

Lande, oder vielmehr an genau bezeichneten Orten der sorgfältigsten Prüfung zu unterwerfen. Für Halle z. B. bietet sich das Beispiel der Zuckerfabriken dar. Wem haben sie in ihrem Betriebe vor der jüngsten Steuererhöhung geschadet? Wir leugnen nicht, daß die Zollvereinskasse darunter gelitten hat; aber dieser Ausfall ist auf andere Weise gedeckt; wir geben zu, daß in der Beaufsichtigung durch Steuerbeamte mancher Nachtheil liegt; aber diese Unbequemlichkeit trifft z. B. auch die Brauereien und Brennereien, so lange überhaupt diese Art der Besteuerung besteht. Allerdings klagen unsere Oekonomen, daß ihnen die Zuckerfabriken die Löhne bedeutend in die Höhe getrieben hätten; aber ist es nicht eine Hauptaufgabe der Zeit, dafür zu sorgen, daß auf dem Wege der freien Konkurrenz den arbeitenden Klassen ein guter Lohn gesichert werde? Sollten die Zuckerfabriken in Folge der eingetretenen Steuererhöhung ihren Betrieb vermindern, so wird nothwendig der Arbeiterstand weniger verdienen, namentlich da gerade hier auch Frauen und Kinder eine gesunde Arbeit finden.

Doch man greift das Fabrikwesen noch von einer anderen Seite an. Es soll nämlich das Kapital zu stark in einigen wenigen Händen concentriren, den mittellosen Handwerkerstand zum bloßen abhängigen Arbeiter herabsetzen und so die Massenarmuth erzeugen. Diesen Tadel halten wir nicht für unbegründet. Um dem Uebelstande mit Erfolg entgegenzutreten, hat unter Anderem der „Entwurf einer allgemeinen Handwerker und Gewerbeordnung für Deutschland,“ wie er zu Frankfurt a. M. in den Monaten Juli und August Behufs der Ueberreichung an die deutsche Nationalversammlung von 116 Vertretern des Handwerker- und Gewerbebestandes ausgearbeitet worden ist, mehrere Bestimmungen festgesetzt. Dahin gehören namentlich §. 43: „Mehrere Handwerke oder technische Gewerbe soll Niemand zu gleicher Zeit betreiben;“ §. 46: Zu den in Fabriken vorkommenden Handwerksarbeiten, welche nicht die unmittelbare Herstellung der Fabrikate bezwecken, sind nur die Innungsmeister berechtigt, und dürfen weder Fabrikherren, noch sonstige nicht zur Innung gehörige Arbeitgeber unter irgend einem Vorwande Gesellen in Arbeit nehmen;“ und §. 65: „Fabriken und große Gewerbe sollen nach dem Quantum ihrer Erzeugnisse, zu Gunsten der kleinen Gewerbe besteuert, und der Betrieb solcher Fabriken, deren Fabrikate mit Handwerks-Artikeln concurriren, beschränkt werden.“

(Beschluß folgt.)

Berichtigung.

In unserem letzten Bericht über die Clubszung vom 14. October (der Bericht sagt 12. October) haben sich einige sinnentstellende Druckfehler eingeschlichen, die wir mit Folgendem zu verbessern bitten. S. 12 von unten muß es statt „angestellten“ „angeblieben“ heißen. Ferner ist der vorletzte Satz: „Den kleinen Fürsten habe von jeder Deutschland mehr am Herzen gelegen, wie den Königen“ zu verändern in: „Denn keinem Fürsten habe von jeder Deutschland mehr am Herzen gelegen als dem Könige.“

Konstitutionelles Bürgerblatt

für Stadt und Land.

Erkheint wöchentl. drei Mal,
Dienstag, Donnerstag und
Sonntabend. Beistellungen
nehmen alle Buchhandlungen
u. Postanstalten an. Prämum. =

Preis für Halle 1½ Sgr.
für's Vierteljahr; bei den
Postanstalten und im Buch-
handel 10 Sgr.

Herausgegeben

von

Dr. Gase, J. Gafemann, Fr. Körner und Dr. Wolf.

Neue Folge No. 8.

Halle. Donnerstag, den 19. October.

1848.

Inhalt: Der 15. October in Halle. — Die Abstimmung des Abgeordneten Seydel über den Stein'schen Antrag. — Zur Charakteristik der hall. demokrat. Zeitung. (Fortsetzung.) — Die Maschinen- und die Menschenarbeit. — Berichtigung.

Der 15. October in Halle.

Theils die in vielen Herzen wohnende Liebe und Verehrung für das königliche Haupt unseres Landes, theils die herkömmliche Gewohnheit, theils die Opposition gegen eine gewisse Partei der Demokraten, welche mit systematischer Ausdauer das Ansehen der Fürsten zu untergraben fortfährt, hatte den Geburtstag unseres Königs zu einer Festfeier in vielen Kreisen der Stadt gemacht, und der seit mehreren Tagen unaufhörlich strömende Regen durch eine Pause seine Erlaubniß gegeben. Früh 10½ Uhr rückten die verschiedenen bewaffneten Corps: die Bürgerwehr, die zwei hier stehenden Kompagnien des 19. Inf.-Regiments, der Landwehrestamm zu einer Parade auf dem Exercierplatze vor der Stadt aus. Nachdem Obrist von Blumenthal auf den König ein Hoch ausgebracht hatte, in welches die Anwesenden einstimmten, nahm der genannte den einzelnen Corps, die berittene Bürgerwehr voran, die Parade ab. Die Bürgerwehr war ziemlich zahlreich anwesend; nur die 6. Kompagnie schien etwas dünn zu sein, und das Lanzier-Korps wurde gänzlich vermisst — oder auch nicht vermisst. Indes ist es jedenfalls besser, etwas nicht zu thun, als — zu heucheln.

Während da draußen die Waffen klirrten, feierte die Universität den Tag durch eine Rede, welche der zeitige Prorektor Prof. Meier hielt. Die Rede war nicht lateinisch, wie sonst, sondern deutsch, wie sich's gebührt, und preussisch, wie man an dem Eise der Mufen, welcher den Hohenzollern so manche Gabe verdankt, nicht anders erwarten konnte. — Auch die Lehrer und Schüler der Frankeschen Stiftungen erinnerten sich in einer Rede des Rectors Eckstein an die Bedeutung des 15. Octobers.

Ein Mittagessen, mit vielen und darunter guten Trinksprüchen, hatte im städtischen Schießgraben gegen 250 Männer vereinigt. Den officiellen Toast auf den König brachte der Stadtverordnetenvorsteher, Justiz-Commissar Fritsch aus, woran sich viele andere

in bunter Reihe knüpften. Der Obrist der Bürgerwehr, von Geusau, und der Obrist des 19. Linien-Inf.-Regiments, von Blumenthal, ließen gegenseitig die ihnen untergebenen Corps leben; Prof. Krahmer weihte dem Reichsverweser ein Glas; Professor Witte gedachte der hiesigen Studirenden, welche bisher eine anerkennenswerthe loyale Haltung gezeigt. In Erwiderung hierauf sprachen zwei Studenten, Herr Hasper und Herr Koltschon, welche auf die gesetzliche Freiheit, als das Ideal der jugendlichen Seelen, hinwiesen. Auch der Stadt Halle, welche unter ihres Gleichen durch die bisher gewährte Ruhe fast einzig dasteht, wurde durch den Prof. Erdmann gedacht, während Andere unseren Deputirten in Frankfurt und Berlin, Dunder und Niemeyer, Worte der Anerkennung widmeten.

Das Traubenblut mag immerhin fließen, wenn nur kein Bürgerblut fließt! Der Wein im Schießgraben mag allerdings theurer Festeffen der Demokraten bahnhofe zur Feier der W wie wir hören, ist dennoch sehr gering gewesen; man tenzeitung tadelt die Wol öffentliche Mahlzeiten halt die Theilnahme unmöglich Beweise, daß auch, wenn Flasche Wein 6 Sgr. kost sich fern halten. — An daten im Lokale der W Bier u. s. w. gegeben. breitete Gerücht, als hä Militär gespeist.

Als die Nacht einb theilweise vielleicht auch d her in mannigfacher Wei hielt einen Aufzug mit unermüdblichen Rufe: G Schüsse fielen, Raketen f aus einem Mentelchen H

